

Vorsitzende des Haushaltsausschusses
Lisa Paus, MdB
Deutscher Bundestag
Haushaltsausschuss

Prof. Tom Krebs, Ph.D.
L 7, 3-5
68161 Mannheim
tkrebs@uni-mannheim.de

Per E-Mail:
haushaltsausschuss@bundestag.de

11. Oktober 2026

Stellungnahme zum Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2027 (BT-Drs. 21/7860)

1. Einordnung und Ergebnisse

Der Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2027 sieht eine Reihe unterschiedlicher Maßnahmen vor. In meiner Stellungnahme konzentriere ich mich auf zwei davon: die Streichung des Sofortzuschlags beim Kinderzuschlag und die Kürzung der zusätzlichen Bundeszuschüsse zur gesetzlichen Rentenversicherung. Beide Maßnahmen stehen beispielhaft für den Versuch der Bundesregierung, den Bundeshaushalt durch Einsparungen im Sozialbereich zu konsolidieren. Eine solche Kürzungspolitik ist jedoch weder ökonomisch notwendig noch politisch sinnvoll.¹ Im Folgenden untersuche ich insbesondere die Frage, inwieweit die geplanten Sozialstaatskürzungen ökonomisch notwendig sind.

Die Analyse zeigt, dass die Sozialausgaben im langfristigen Trend seit 2010 – trotz der Alterung der deutschen Gesellschaft – nur in zwei Phasen außergewöhnlich stark gestiegen sind: während der Coronakrise sowie in den Jahren 2024 und 2025. Während der erste Anstieg auf krisenbedingte Maßnahmen wie das Kurzarbeitergeld zurückzuführen ist, erklärt sich der zweite Kostenschub größtenteils durch höhere Rentenausgaben infolge der kräftigen Reallohnzuwächse in den Jahren 2024 und 2025. Der Anstieg der Reallöhne hat sich jedoch bereits 2026 deutlich abgeschwächt und dürfte 2027 angesichts der hohen Inflation vollständig zum Erliegen kommen. Der kräftige (reale) Anstieg der Sozialausgaben in den Jahren 2024 und 2025 ist daher eher als einmaliger Kostenschub und nicht als Ausdruck einer dauerhaft beschleunigten Ausgabendynamik zu bewerten.

Die derzeit diskutierten Kürzungen bei Renten und anderen Sozialleistungen sind nicht notwendig, sofern die deutsche Wirtschaft in den kommenden Jahren wieder kräftig wächst und sich die Beschäftigung entsprechend positiv entwickelt. Die günstige Arbeitsmarktentwicklung in den Jahren 2010 bis 2019 war ein wesentlicher Grund dafür, dass

¹ Sozialstaatskürzungen können ökonomische Unsicherheit und soziale Abstiegsängste verstärken und dadurch den Zuspruch für rechtsextreme politische Kräfte begünstigen (Krebs, 2026).

die Sozialversicherungssysteme trotz der fortschreitenden Alterung der Gesellschaft finanziell stabil blieben. Die aktuelle Debatte über Sozialstaatskürzungen beruht somit implizit auf der Annahme, dass sich die deutsche Wirtschaft nicht mehr nachhaltig erholen wird. Eine solche Kürzungspolitik ist also nur zu rechtfertigen, wenn davon ausgegangen wird, dass die deutsche Wirtschaft sich nicht mehr nachhaltig erholt – Selbstmord aus Angst vor dem Tod.

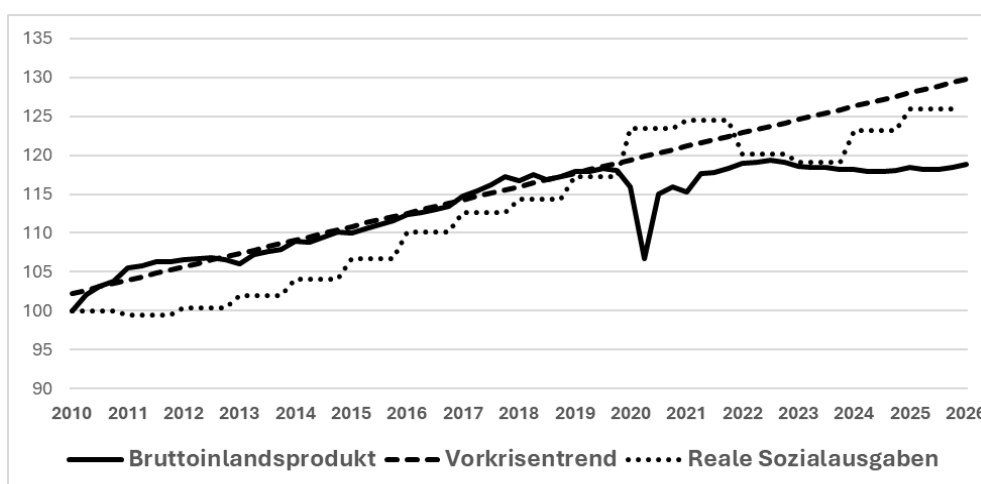
Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung kann als Militär-Keynesianismus beschrieben werden, wie er bereits in den 1980er Jahren in den USA von Ronald Reagan praktiziert wurde.² So ist die (geplante) Neuverschuldung des Bundes im Jahr 2026 um rund 100 Milliarden Euro oder etwa zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts gestiegen, und diese Entwicklung ist größtenteils auf die stark ansteigenden Rüstungsausgaben zurückzuführen. Der Militär-Keynesianismus der Bundesregierung ist jedoch aus ökonomischer Perspektive keine überzeugende Wirtschaftspolitik – es sind höchstens konjunkturelle Strohfeuer zu erwarten, aber keine nachhaltige Erholung der deutschen Wirtschaft.³

2. Sozialstaat

In der Debatte zum Sozialstaat wird häufig die Behauptung in den Raum gestellt, dass die Sozialausgaben in der Vergangenheit überproportional gestiegen seien und es deshalb eine große Sozialreform geben müsse. So erklärte beispielsweise Friedrich Merz bereits zu seinem Amtsantritt im Jahr 2025, Deutschland könne sich „dieses System, das wir heute so haben, einfach nicht mehr leisten“.⁴ Einschnitte seien demnach in nahezu allen Bereichen notwendig.

Ein Blick auf die Evidenz zeigt ein anderes Bild. Im langfristigen Trend seit 2010 gibt es nur zwei Situationen, in denen die Gesamtausgaben für den Sozialstaat außergewöhnlich stark gewachsen sind.

Abbildung 1. Sozialausgaben und Bruttoinlandsprodukt⁵



² Siehe Krebs (2026) für den Begriff des Militär-Keynesianismus und seine Verwendung in der wirtschaftshistorischen Literatur.

³ Siehe Krebs (2026) für den Entwurf einer Wirtschaftspolitik, die Deutschland auf einen nachhaltigen Wachstumspfad setzen würde.

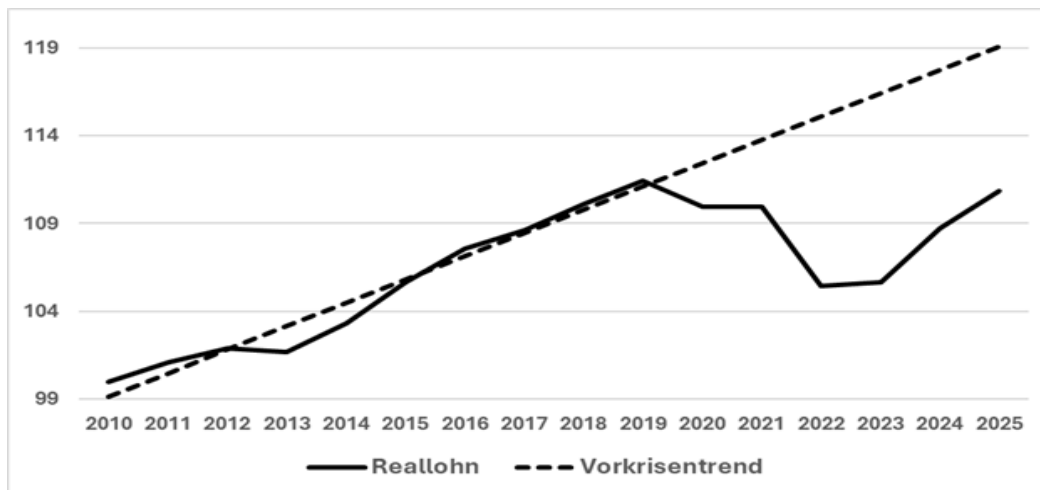
⁴ Vgl. Tagesschau (2025b), Tagesspiegel (2025) und ZDF (2025).

⁵ Nominale Sozialabgaben wurden mit dem BIP-Deflator inflationsbereinigt, um die Vergleichbarkeit mit der Entwicklung des (realen) Bruttoinlandsprodukts zu gewährleisten.

Das erste Mal sind die Sozialausgaben krisenbedingt während der Coronapandemie im Jahr 2020 stärker gestiegen als das schrumpfende Bruttoinlandsprodukt. Ein solches Muster ist jedoch in nahezu jeder wirtschaftlichen Krise zu beobachten und stellt daher kein rein strukturelles Problem dar. Zudem entfalten Sozialausgaben in Krisenzeiten eine stabilisierende Wirkung, indem sie die Konsumnachfrage stabilisieren. Wenn das Einkommen der Menschen angesichts steigender Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit sinkt, ersetzen Sozialleistungen einen Teil davon. Ohne diese Unterstützung könnten die Betroffenen weniger konsumieren. Der Anstieg der Sozialausgaben in den Pandemie Jahren hatte folglich eher einen positiven gesamtwirtschaftlichen Effekt.

Das zweite Mal sind die Sozialausgaben in den Jahr 2024 und 2025 deutlich stärker gestiegen als die Wirtschaftsleistung. Dieser Anstieg ist größtenteils auf ein großes Plus in den Rentenzahlungen zurückzuführen, die an die Lohnentwicklung gekoppelt sind. Da die Reallöhne 2024 und 2025 insgesamt um rund 5 Prozent gestiegen sind, ist auch die Rente entsprechend stark angestiegen.

Abbildung 2. Reallohn und Reallohtrend



Nun sagen viele Ökonom:innen und große Teile der Politik: Ein solches Rentenplus wie 2024 können wir uns nicht mehr leisten. Ganz im Gegenteil werden wir die Rentenleistungen zukünftig kürzen müssen.⁶ Zum Beispiel haben die Rentenkommission der Bundesregierung und der Sachverständigenrat in seinem Frühjahrsgutachten 2026 Vorschläge für eine Rentenreform unterbreitet, in denen Leistungskürzungen im Mittelpunkt stehen.⁷ Das entsprechende Argument lautet wie folgt: Eine alternde Gesellschaft plus schwache Wirtschaftsleistung verlangt nach anderen Rentenbezüge. Nur so ließe sich das Rentensystem angeblich stabilisieren. Doch diese Forderungen nach Rentenreformen, die letztlich immer auf Rentenkürzungen hinauslaufen, sind bereits im Ansatz falsch. Ziel sollte es sein, mit der richtigen Wirtschaftspolitik die vorhandenen Arbeitspotenziale besser zu nutzen und damit die

⁶ In seiner Rede vor dem DGB-Kongress im April verkündete Friedrich Merz sogar, dass seine Thesen zur gesetzlichen Rente aus der Mathematik eindeutig folgen würde. Doch mit der Mathematik ist es so eine Sache: Mathematische Ergebnisse basieren auf Annahmen, und ob die Annahmen den jeweiligen wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Kontext angemessen beschreiben, sollte bei jeder Anwendung der Mathematik auf ein sozialwissenschaftliches Problem hinterfragt werden. Die Behauptung von Merz ist nur korrekt unter der Annahme, dass Deutschland ein „alter Mann“ ist, der es nicht mehr schaffen wird.

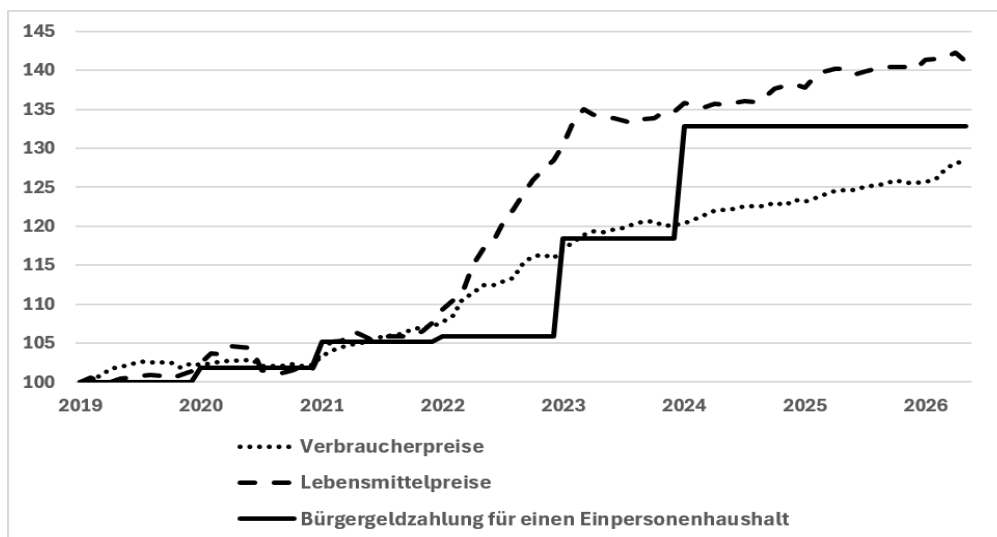
⁷ Siehe BMAS (2026) und Sachverständigenrat (2026). Zentrale Kritikpunkte an dem Gutachten des SVR werden in dem Sondervotum des Ratsmitglieds Achim Truger dargestellt (Truger, 2026).

Grundlage für eine angemessene Rente für alle zu legen.⁸ In anderen Worten: Nicht die gepunktete Linie in Abbildung 1 sollte heruntergezogen werden, sondern die durchgezogene Linie sollte zum Vorkrisentrend heraufgeschoben werden.

Renten- und Krankenversicherung sind die größten Posten bei den Sozialausgaben, aber die Kritik aus dem konservativen Lager konzentriert sich häufig auf das Bürgergeld beziehungsweise die Grundsicherung für erwerbsfähige Personen. Der große Aufhänger ist also eine Sozialleistung für Menschen, die trotz Erwerbsfähigkeit ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen bestreiten können. Dazu zählen Langzeitarbeitslose, Erwerbstätige mit sehr niedrigem Einkommen („Aufstocker:innen“) sowie Personen, die aus gesundheitlichen Gründen oder aufgrund von Pflege- und Erziehungsarbeit nur eingeschränkt erwerbstätig sein können.⁹ Konkret gab der Staat 2024 rund 47 Milliarden Euro für 5,5 Millionen Menschen im Bürgergeldbezug aus (3,9 Millionen erwerbsfähige Personen). Das entspricht circa 3,5 Prozent der gesamten Ausgaben für den Sozialstaat, die sich insgesamt auf 1,345 Milliarden Euro belaufen. Tatsächlich sind die fiskalischen Kosten dieser Grundsicherung im Vergleich zu den gesamten Sozialausgaben also ohnehin klein. Hier sind daher kaum nennenswerte Einsparungen möglich.

Die Kritik am Bürgergeld beziehungsweise der Grundsicherung zielt aber nicht nur auf die fiskalischen Kosten ab. Sie thematisiert zugleich mögliche Effekte auf die Arbeitsanreize. Die Argumentation von marktliberaler Seite lautet dann gerne: Wenn das Bürgergeld so hoch ausfällt, würden die Leute nicht mehr arbeiten. Doch die Daten zeigen, dass diese Transferzahlung in den letzten Jahren nicht überproportional gestiegen ist, und insofern die Arbeitsanreize sich nicht verschlechtert haben.

Abbildung 3. Bürgergeld (Grundsicherung)



⁸ Siehe dazu Zwiener et al. (2020). Die Steigerung der Arbeitsmarktpartizipation von Personengruppen wie den Frauen mit Kindern war ein wesentlicher Grund, warum sich das gesetzliche Rentensystem in den letzten 20 Jahren deutlich besser entwickelt hat, als von vielen Rentenexpert:innen prognostiziert wurde. Blank et al. (2026) untersuchen die Auswirkungen verschiedener Rentenreformen. Die Ergebnisse der Studie unterstreichen, dass eine verbesserte Arbeitsmarktentwicklung der Schlüssel für eine tragfähige Rente ist.

⁹ Die Leistungen für diese Personengruppe wurden von der Ampelregierung reformiert und unter dem Begriff Bürgergeld zusammengefasst. Diese Reform wurde unter der schwarz-roten Regierung teilweise zurückgenommen und die Sozialleistungen sind seit 1. Januar 2026 als Grundsicherung bekannt.

Ein nominaler Bürgergeld-Anstieg um rund 30 Prozent zwischen 2020 und 2026 erscheint erst einmal hoch – bis die Inflation berücksichtigt wird. Denn die Lebensmittelpreise sind in demselben Zeitraum noch stärker gestiegen, sodass die inflationsbereinigten Leistungen für diese Personengruppe sogar eher gesunken sind. In der Tat stellen Ausgaben für Lebensmittel neben den Wohn- und Heizkosten den größten Ausgabenposten für die Bürgergeldbeziehenden dar. Auch der sogenannte Lohnabstand, der immer wieder als entscheidender Faktor für den Anreiz zur Arbeitsaufnahme angeführt wird, hat sich eher vergrößert. So ist der Mindestlohn zwischen 2020 und 2026 um knapp 50 Prozent von 9,35 Euro auf 13,90 Euro angestiegen. Dieser Lohnabstand wuchs somit um etwa 20 Prozent.¹⁰

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Kosten für Unterkunft und Heizung. Die entsprechenden Sozialausgaben haben sich nahezu verdoppelt, so weit richtig. Dass sich aber dadurch der Wohnkomfort der Betroffenen drastisch gebessert haben soll, ist falsch – der Anstieg der Wohnkosten ist nicht etwa eine Luxusfrage. Es liegt vielmehr daran, dass es kontinuierlich zu wenige Sozialwohnungen gibt, wodurch die Mietpreise nahezu unbegrenzt in die Höhe getrieben werden konnten. Hinzu kommt, dass einzelne Vermieter:innen die prekäre Situation auf dem Wohnungsmarkt teilweise rechtswidrig ausnutzen. Werden dauerhafte Kürzungen von Sozialleistungen an diesem strukturellen Problem irgendetwas ändern? Sicher nicht. Was es braucht, ist eine Erweiterung des sozialen Wohnungsbaus sowie die konsequente Durchsetzung bestehender Gesetze gegen Mietwucher.

3. Militär-Keynesianismus

Der Krieg in der Ukraine und die Neuausrichtung der US-Außenpolitik haben eine Aufrüstungsdynamik in Europa ausgelöst, die in Deutschland mit der Schuldenbremsenreform vom März 2025 grundgesetzlich verankert wurde. Der damit verbundene Militär-Keynesianismus wurde von vielen Ökonom:innen und Vertreter:innen der Rüstungsindustrie begrüßt. Dies sei angeblich der schnelle Weg raus der Wirtschaftskrise, so die Wirtschaftsexpert:innen.¹¹ Die staatliche Nachfrage nach Rüstungsgütern steigere die gesamtwirtschaftliche Produktion und schaffe neue Arbeitsplätze! Was gut für die deutsche Rüstungsindustrie sei, müsse auch gut für die Beschäftigten und gut für den Wohlstand sein.

Die wissenschaftliche Evidenz unterstützt diese These nicht. Der gesamtwirtschaftliche Impuls zusätzlicher Militärausgaben ist eher klein, denn die deutsche Rüstungsindustrie ist derzeit stark ausgelastet und der Wettbewerb aufgrund von intransparenten Vergabepraktiken gering. Jeder zusätzliche Euro an staatlichen Aufträgen wird also die Preise der Rüstungsgüter und die Gewinne der Rüstungsunternehmen merklich anheben, und somit den Effekt auf die Produktion verringern. Der Aktienkurs des Rüstungsherstellers Rheinmetall ist seit Beginn des Kriegs in der Ukraine stark angestiegen. Das unterstreicht, dass Investor:innen hohe Gewinnerwartungen für

¹⁰ Vgl. Seils (2025) zu den absoluten Lohnabständen für verschiedene Haushaltsgruppen. Die positive Entwicklung des Mindestlohns ist ein wesentlicher Grund dafür, dass sich die Reallöhne im Niedriglohnbereich besser entwickelt haben als der Lohndurchschnitt für die gesamte Wirtschaft.

¹¹ Die positiven wirtschaftlichen Effekte der Militarisierung werden beispielsweise in den Beiträgen von Bayaz, Schularick und Madsen (2025), Enders et al. (2025) und Fuest (2025) gepriesen. Siehe auch Nievelstein (2025) für eine Beschreibung der Forderungen vieler Ökonom:innen, die Militärausgaben aus wirtschaftlichen Gründen zu erhöhen.

die deutsche Rüstungsindustrie haben, die nur mit entsprechenden Preissteigerungen verwirklicht werden können.

Neben dem Inflationseffekt führt der Militär-Keynesianismus der Bundesregierung auch zu erheblichen Verdrängungseffekten. Öffentliche Finanzmittel stehen trotz der Schuldenbremsenreform vom März 2025 nur begrenzt zur Verfügung. Das Prinzip „anything goes“ gilt bloß für den Militärsektor, in allen anderen Bereichen wird gekürzt oder zumindest mit Kürzungen gedroht. Das hat reale Konsequenzen: Wenn Neueinstellungen in der Industrie fast nur noch im Rüstungsbereich stattfinden, weil der Staat kein Geld mehr für saubere Technologien ausgibt, dann wird die Produktion von Windrädern und Elektrofahrzeugen automatisch aus Deutschland abwandern. Alles deutet darauf hin, dass dieses Szenario bereits eingetreten ist: Während in der Rüstungsindustrie eine Goldgräberstimmung vorherrscht und Unternehmen wie Rheinmetall mit Bewerbungen überschwemmt werden, müssen viele innovative Unternehmen im Cleantech-Bereich ihre Geschäftstätigkeit aufgeben. Eine bedenkliche Weichenstellung – insbesondere im Hinblick auf die langfristige Entwicklung der Wirtschaft, die neben der Garantie der Sicherheit auch mit Lösungen für die Klimakrise und hochwertiger Beschäftigung einhergehen muss.

Die Situation in Zwickau ist das beste Beispiel für die Konsequenzen solcher Fehlentwicklungen. In der sächsischen Stadt mit rund 90.000 Einwohner:innen wurde die AfD bei der letzten Bundestagswahl mit einem Stimmenanteil von 40 Prozent klar stärkste politische Kraft.¹² Volkswagen hat in Zwickau nach einem langwierigen Umbau des Fahrzeugwerks im Jahr 2024 die erste Produktionsstätte in Deutschland fertiggestellt, die vollständig auf die Herstellung von Elektrofahrzeugen ausgerichtet ist. Dabei mussten Gewerkschaften und Betriebsrat sehr viel Zeit und Mühe investieren, um die – teilweise skeptischen – Beschäftigten vor Ort davon zu überzeugen, den Wechsel von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor auf Elektroautos zu akzeptieren. Nachdem nun Volkswagen mit Investitionen in Milliardenhöhe ein hochmodernes Werk zur Herstellung von Elektrofahrzeugen geschaffen hat, soll die Autoproduktion in Zwickau in den kommenden Jahren wieder abgewickelt werden. Im Grunde sagen Konzernleitung und Politik zu den rund 8.000 Beschäftigten im Fahrzeugwerk Zwickau: Tut uns leid, wir haben es uns anders überlegt und ihr habt leider Pech gehabt – E-Mobilität ist abgesagt.¹³ Da ist es für die Betroffenen in Zwickau ein schwacher Trost, dass in anderen Teilen Deutschlands neue Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie geschaffen werden. Der Militär-Keynesianismus der Bundesregierung ist keine Antwort auf die Entwicklungen in Zwickau und anderen Auto-Regionen. Ganz im Gegenteil, er beschleunigt sie sogar, indem er die Aufmerksamkeit der Wirtschaft fast vollständig auf den Verteidigungssektor lenkt.

¹² Zum Vergleich: Die CDU wurde mit 21 Prozent der Stimmen zweitstärkste Kraft und die SPD erhielt 9 Prozent. Bei den Betriebsratswahlen im VW-Werk in Zwickau im März 2026 konnten sich die von der AfD und rechten Gruppierungen unterstützen Kandidat:innen jedoch kaum durchsetzen und es kam nicht zum befürchteten Rechtsruck – es entfielen rund 81 Prozent der Stimmen auf die Liste der IG Metall und damit erhielt die Gewerkschaft 29 der 35 Mandate (Sächsische Zeitung, 2026).

¹³ Das Fahrzeugwerk Zwickau soll im VW-Konzern die Rolle als zentrales Kompetenzzentrum für Kreislaufwirtschaft übernehmen und entsprechende Investitionen sind am Standort geplant. Diese Pläne werden jedoch nur Arbeitsplätze für einen geringen Teil der aktuell 8.000 Beschäftigten schaffen. Die Frage, welche alternativen Arbeitsmöglichkeiten in Zwickau entstehen werden, ist derzeit offen. Aktuell (Stand Mai 2026) wird auch eine Kooperation mit einem chinesischen Autobauer diskutiert.

Nun wäre dieser Verdrängungseffekt unerheblich, wenn Rüstungsausgaben großen Wohlstand schafften, während saubere Technologien einen eher geringen wirtschaftlichen Impuls setzten. Doch die vorhandene Evidenz spricht gegen diese These. Um zu bestimmen, wie hoch der gesamte Effekt der Militärausgaben auf die deutsche Wirtschaft ist, gibt es das Konzept des sogenannten Fiskalmultiplikators. Dieser Multiplikator gibt an, um wie viel Euro das inflationsbereinigte Bruttoinlandsprodukt wächst, wenn der Staat einen zusätzlichen Euro (zum Beispiel) für die Rüstung ausgibt. So können also die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einzelner Ausgaben beziffert werden, wobei die genannten Verdrängungs- und Preiseffekte berücksichtigt werden.

Die vorhanden Evidenz legt nahe, dass der kurzfristige Fiskalmultiplikator für Militärausgaben in Deutschland nicht wesentlich größer als 0,5 ist. Eventuell liegt er sogar darunter.¹⁴ Ein zusätzlicher Euro für die Rüstungsindustrie schafft somit höchstens 50 Cent zusätzliche gesamtwirtschaftliche Produktion – *höchstens*. Zum Vergleich: Bei gezielten Investitionen in die öffentliche Infrastruktur kann mit einem Fiskalmultiplikator von 2 gerechnet werden.¹⁵ Für den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur in Kitas und Schulen kann der Multiplikator sogar auf 3 steigen.¹⁶ Die Förderung von sauberen Technologien wie Windkraft oder Elektromobilität hat ebenfalls eine wesentlich höhere Rendite als die Subventionierung eines intransparenten Militärsektors mit wettbewerbsfeindlichen Marktstrukturen.

Theoretisch wäre es möglich, dass der Fiskalmultiplikator für deutsche Militärausgaben künftig steigt. Denn Investitionen in den Ausbau von Produktionskapazitäten im Rüstungsbereich könnten mittelfristig die dortigen Engpässe abbauen. Praktisch benötigen diese Maßnahmen jedoch Zeit, um ihre Wirkung zu entfalten. Zeit, in der sich der Verdrängungseffekt von staatlichen Rüstungsausgaben nur weiter verstärkt und auf alle anderen Wirtschaftssektoren negativ ausstrahlt. Fabriken, die zur Produktion von hauptsächlich dieselgetriebenen Militärfahrzeugen umgebaut werden, stehen dann nicht zur Herstellung von Autos und Lokomotiven mit Elektro-Antrieb zur Verfügung. Letztlich ist die einseitige Fokussierung auf Rüstungsausgaben eine Absage an Initiativen, in Deutschland einen innovativen und wettbewerbsfähigen Cleantech-Sektor aufzubauen.

Die stark inflationären Effekte von Rüstungsausgaben könnten prinzipiell auch durch Verbesserungen im Vergaberecht oder eine verbesserte Koordination auf europäischer Ebene bekämpft werden. Wenn der Wettbewerb im Rüstungssektor steigt und die Marktmacht der Rüstungskonzerne sinkt, dann könnten die staatlichen Mehrausgaben weniger in die Preise gehen und stärker die Produktion ankurbeln. In der Vergangenheit gab es bezüglich Vergaberecht und Co. im Rüstungsbereich schon vielfältige Reformversuche. Sie sind alle gescheitert – aus strukturellen Gründen: Regeln zur Geheimhaltung sicherheitsrelevanter Information schaffen automatisch eine hohe Intransparenz. Die wiederum ist Gift für den freien Wettbewerb. Der Rüstungssektor wird deshalb immer ein Sektor mit starken monopolistischen

¹⁴ Siehe Kaczmarczyk und Krebs (2025) für eine umfassende Übersicht und Einordnung der Ergebnisse der einschlägigen Literatur.

¹⁵ Siehe Gechert (2015) für einen Überblick der internationalen empirischen Literatur. Clemens, Michelsen, und Rieth (2025) schätzen empirisch den kurzfristigen Fiskalmultiplikator öffentlicher Investitionsausgaben für Deutschland. Krebs und Scheffel (2017) berechnen den kurz- und langfristigen Fiskalmultiplikator öffentlicher Investitionsausgaben für Deutschland auf Basis von Simulationsanalysen.

¹⁶ Vgl. Krebs (2025).

Tendenzen bleiben. Das liegt einfach in der Natur der Sache, auch wenn rüstungsaffine Politiker:innen und Ökonom:innen etwas anderes behaupten.¹⁷

Häufig wird mit dem Argument für mehr Rüstungsausgaben geworben, dass solche Staatsausgaben technologischen Fortschritt anstoßen. Demnach könne militärische Forschung zu Produktivitätsgewinnen führen, wenn neue Militärtechnologien zivile Anwendungen fänden.¹⁸ Allzu viele Beweise für diese sehr unsichere Prognose gibt es nicht. Zwar hat die staatliche Forschungsförderung in der Vergangenheit immer wieder Früchte getragen und in den USA war die Förderung militärischer Forschung teilweise ein wirtschaftlicher Erfolg. Doch das lässt sich nicht eins zu eins auf militärische Forschungsförderung in Deutschland übertragen. Abgesehen davon ist jeder zusätzliche Euro für die Militärforschung ein Euro weniger für die Forschung im Bereich grüner Technologien. Wer auf solche technologischen Spillover-Effekte als Treiber eines breiten Wirtschaftsbooms setzt, der hat sehr wahrscheinlich auf Sand gebaut. Oder einfacher formuliert: „Hoffen wir das Beste“ ist als Handlungsgrundlage nicht sehr vielversprechend.

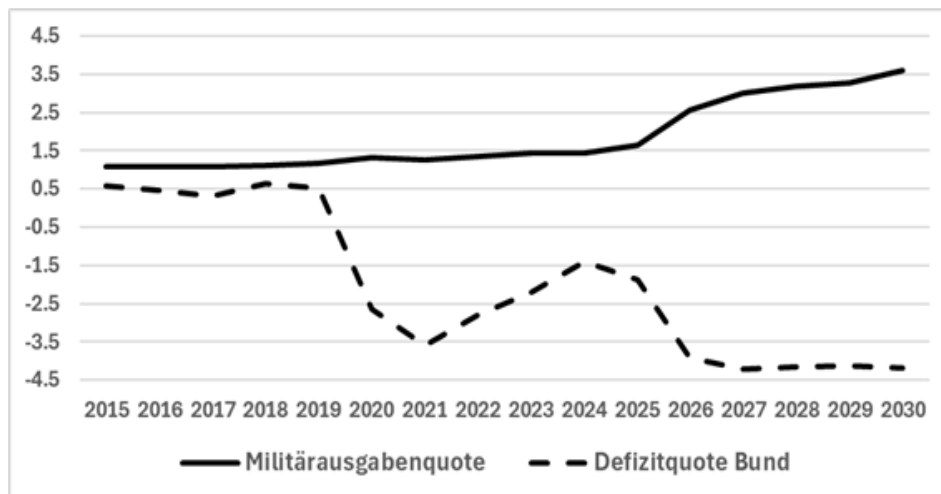
Rüstungsausgaben sind somit eindeutig kein starker Wachstumsmotor. Der Militär-Keynesianismus der Bundesregierung entfacht im Wesentlichen konjunkturelle Strohfeuer. Die Steigerung der staatlichen Militärausgaben wird der deutschen Wirtschaft einen An Schub geben, doch der wirtschaftliche Impuls wird eher moderat ausfallen und kurzlebig sein. Aus ökonomischer Sicht ist die geplante Militarisierung der Wirtschaft kein lohnendes Geschäft.

Ein Blick auf die wesentlichen makroökonomischen Trends bestätigt die Kritik am Militär-Keynesianismus der schwarz-roten Regierung. Beispielweise gehen die meisten Prognosen derzeit von einem Wirtschaftswachstum von rund einem Prozent im Jahr 2026 aus. Von diesem Prozent wird nur etwa ein Drittel durch die zusätzlichen Ausgaben für das Militär getragen.¹⁹ Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung erzeugt also zusätzliche Produktion von rund 45 Milliarden Euro, und davon sind 15 Milliarden Euro dem Militär-Keynesianismus zu verdanken. Das ist besser als in den Jahren der wirtschaftlichen Schrumpfung 2023 und 2024 – aber eher wenig vor dem Hintergrund, dass die Neuverschuldung des Bundes im Jahr 2026 um etwa 100 Milliarden Euro angestiegen sind. Zudem hat die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung bisher nicht zu einer nennenswerten Erholung der privaten Investitionstätigkeit geführt.

¹⁷ Rheinmetall erwartet für 2026 einen Ergebnismarge von 19 Prozent bei einem Konzernumsatz von rund 14 Milliarden Euro (Tyborski, 2026).

¹⁸ Vgl. Enders et al. (2025) sowie Fuest (2025).

¹⁹ Vgl. Bundesbank (2025).

Abbildung 4. Militär-Keynesianismus

Referenzen

- Bayaz, D., Schularick, M., und Madsen, C. (2025): «Milliarden für die Verteidigung schaffen Milliarden für das BIP», Handelsblatt, 20. Februar 2025.
- Blank, F., Semeano, J., Dullien, S., Logeay, C. und Stein, U. (2026): »Stellschrauben und Scheinlösungen in der gesetzlichen Rentenversicherung: Simulationsergebnisse verschiedener Reformvorschläge und Arbeitsmarktentwicklungen«, IMK Policy Brief Nr. 211.
- BMAS (2026): »Rentenkommission 2026: 33 Empfehlungen zur Rentenreform«, <https://www.bmas.de/DE/Soziales/Rente-und-Altersvorsorge/Rentenreform-2025/Rentenkommission-2026/rentenkommission-2026.html>
- Bundesbank (2025): Bundesbank Monatsbericht, Dezember 2025.
- Clemens, M., Michelsen, C., und Rieth, M. (2025): »An Estimation and Decomposition of the Government Spending Multiplier«, DIW Discussion Paper.
- Enders, T., Fürstenberg, J., Obermann, R., und Schularick, M. (2025): »Abhängigkeit oder Selbstbehauptung: Deutschlands und Europas Rolle im 21. Jahrhundert entscheidet sich jetzt«, Wirtschaftsdienst Nr. 105, S. 261-266.
- Fuest, C. (2025): »Wehrhaft und wirtschaftlich stark«, FAZ, 25. Januar 2025.
- Gechert, S. (2015): »What Fiscal Policy is Most Effective? A Meta-Regression Analysis“, Oxford Economic Papers 67: S. 553-580.
- Kaczmarczyk, P., und Krebs, T. (2025): »Wirtschaftliche Auswirkungen von Militärausgaben in Deutschland«, Working Paper, Universität Mannheim.
- Krebs, T. (2025): »Schriftliche Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes«, Stellungnahme, 12. März 2025, <https://www.bundestag.de/resource/blob/1057008/85e0043e99813f5224575dc4332a02a9/Prof-Dr-Tom-Krebs.pdf>
- Krebs, T. (2026): *Kapital und Krise: Wie Deutschland aus der Wirtschaftskrise findet – und wie nicht*, oekom Verlag.
- Krebs, T., und Scheffel, M. (2017): »Öffentliche Investitionen und inklusives Wachstum in Deutschland«, Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.
- Nievelstein, L. (2025): »Die Unsicherheit explodiert – Top-Ökonomen fordern Verteidigungsturbo«, Frankfurter Rundschau, 18. Februar 2025.
- Sachverständigenrat (2026): »Sozialversicherungen unter Reformdruck«, Frühjahrsgutachten 2026.
- Seils, E. (2025): »Lohnt sich Arbeit in Deutschland noch?«, WSI Policy Report Nr. 90.
- Sächsische Zeitung (2026): »Rechtsruck im Betriebsrat von VW in Zwickau bleibt aus«, Sächsische Zeitung, 19. März 2026.
- Tagesschau (2025b): »Wir können uns dieses System nicht mehr leisten«, Tagesschau24, 30. August 2025.
- Tagesspiegel (2025): »Merz dringt auf Sozialreformen – Bedeutet Einschnitte«, Tagesspiegel, 30. August 2025.

Truger, A. (2026): »Eine andere Meinung«, in Sachverständigenrat (2026).

Tyborski, R. (2026): »Rüstungsboom treibt Dax-Konzern – Dividende deutlich erhöht«, Handelsblatt, 11. März 2026.

ZDF (2025): »Merz will fünf Milliarden bei Bürgergeld einsparen«, ZDFheute, 02. September 2025.

Zwiener, R., Blank, F., Logeay, C., Türk, E. und Wöss, J. (2020): »Demografischer Wandel und Renten: Beschäftigungspotenziale erfolgreich nutzen. «, Wirtschaftsdienst, Bd. 100, H. 1, S. 35-41.

